

„Das bringt das Fass zum Überlaufen“

Warum der Niederbrechener Lebenserwerbslandwirt Lars Rompel sauer auf die Bundesregierung ist

Von Rolf Goeckel

BRECHEN-NIEDERBRECHEN.

Der Niederbrechener Marienhof hat vor Jahrzehnten zwei Familien ernährt – das ist lange vorbei, wie Landwirt Lars Rompel (30) berichtet. Wobei die Berufsbezeichnung „Landwirt“ unvollständig ist, denn seinen Lebensunterhalt verdient der 30-jährige studierte Agraringenieur seit gut sechs Jahren als Manager einer Entsorgungsfirma. Die Landwirtschaft betreibt die Familie Rompel schon seit Längerem nur noch im Nebenerwerb, und zwar „hart an der Wirtschaftlichkeitsgrenze“, wie Lars Rompel erzählt. Ein auskömmliches Einkommen und die Beiträge zur Sozialversicherung seien auf den weniger als hundert Hektar Acker- und Grünlandfläche, über die der Marienhof verfügt, nicht zu erwirtschaften. Und das, obwohl sich die Anbaufläche seit den 90er-Jahren verdoppelt hat. Der Marienhof baut Weizen, Mais, Raps und Gerste an, auf dem Grünland wird Gras für Pferdefutter produziert. „Wir sind ein klassischer Marktfruchtbetrieb“, sagt Lars Rompel. Die Ausrüstung ist auf einem modernen Stand, sogar ein Mährescher ist vorhanden.

Flächenprämie stark gekürzt

Früher besaß der Marienhof außerdem noch 1500 Ferkel und bis zu 20 Kühe; doch das lohnte sich irgendwann nicht mehr. „Um das Jahr 2000 ging es mit der Viehwirtschaft bergab“, berichtet Lars Rompel an seinem Küchentisch, dort, wo sich einst der Schweinestall befand. Aufgeben wollen der 30-Jährige und sein Vater Wolfgang Rompel dennoch nicht: „Landwirtschaft ist auch eine Lebens Einstellung“, sagt er und fügt hinzu: „Es ist aber traurig, dass sich so viele landwirtschaftliche Modelle nicht mehr rechnen.“ Bauer Rompel ist nicht der Einzige, der in den vergangenen Jahrzehnten von Voll- auf Nebenerwerb umgestellt hat. Allein in Niederbrechen habe es über 20 hauptberufliche Landwirte gegeben, übrig geblieben seien nur noch



Lars Rompel, Nebenerwerbslandwirt in Niederbrechen, ärgert sich so wie viele seiner Berufskollegen über die aktuelle Landwirtschaftspolitik.

Foto: Rolf Goeckel

fünf. An den Bauernprotesten der vergangenen Wochen hat sich auch der Marienhof beteiligt, „mit zwei Schleppern waren wir dabei“, sagt Lars Rompel. Dabei sei es aber nicht bloß um die Kürzungen für den Agrardiesel und das zwischenzeitlich wieder zurückgenommene Aus für das grüne Kennzeichen gegangen. „Das hat das Fass nur zum Überlaufen gebracht“, erzählt der Niederbrechener. Vorangegangen sei eine Kürzung der Flächenprämie um 15 bis 20 Prozent, die den Marienhof jedes Jahr mehrere Tausend Euro koste. Dazu verweist Lars Rompel auf die Statistik. Demnach erhielten die landwirtschaftlichen Betriebe im Kreis Limburg-Weilburg im vergangenen Jahr im Schnitt 17.700 Euro flächenbezogene Agrarsubventio-

nen, also deutlich weniger als der bundesdeutsche Durchschnitt, der rechnerisch bei 48.000 Euro liege. Die Kürzung bedeute für die heimischen Betriebe einen durchschnittlichen Verlust von 3500 Euro pro Jahr. Flächenprämien gibt es aber auch nur dann, wenn er vier Prozent seiner Fläche aus der Bewirtschaftung herausnehme. Eine Vorschrift, die laut Rompel in erster Linie dem Naturschutz dienen soll. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt sei: Agrarsubventionen aus den Fördertöpfen der Landwirtschaft erhielten nicht nur Landwirte. „Die zehn größten Subventionsempfänger sind große Konzerne und Institutionen, die irgendwo Naturschutz betreiben“, sagt Rompel. Ein großer Teil komme somit nicht bei der Landwirtschaft an.

Vor diesem Hintergrund hat sich bei Bauern wie Lars Rompel über die Jahre viel Frust über die Förderrichtlinien der EU aufgebaut. „Da werden Regelungen mit der großen Gießkanne über ganz Deutschland gestülpt, obwohl die Produktionsbedingungen regional ganz verschieden sind“, lautet sein Eindruck. Ein verhältnismäßig kleiner hessischer Landwirtschaftsbetrieb sei nicht zu vergleichen mit einem nord- oder ostdeutschen Großbetrieb, der viele hundert Hektar unter den Pflug nimmt. Belastend wirkten sich überdies die aus seiner Sicht kleinteiligen Dokumentationspflichten aus, beispielsweise für den Düngemiteinsatz. Dazu komme, dass die Bauern für den Naturschutz in die Pflicht genommen würden. „Blühflächen

und Hamsterschutzstreifen sind eine super Sache“, sagt Lars Rompel. „Die Vergütung dafür ist aber seit Jahren nicht gestiegen.“ Wenn gleichzeitig der Dieselmotorkraftstoff um ein Drittel teurer werde, könnten solche Maßnahmen wirtschaftlich gar nicht mehr umgesetzt werden.

Der Handel verdient ein Vielfaches

Es gibt aber noch eine weitere Sorge, die Lars Rompel und seine Berufskollegen umtreibt: Immer mehr Ackerfläche gehe verloren, nicht nur durch den Ausbau von Wohn- und Gewerbegebieten, sondern – seit Neuestem – auch durch den Aufbau großer Freiflächen-Photovoltaikanlagen. Erzeuger von Solarstrom zahlten bis zum Zehnfachen dessen, was ein Bauer auf seinem Boden erwirtschaftet, nur als Pachtpreis, und das staatlich subventioniert. „Das ist keine Konkurrenz mehr, das ist eine Übermacht“, sagt Rompel. Wenn sich diese Entwicklung so fortsetze, sehe er die Versorgung mit selbst erzeugten Lebensmitteln in Deutschland bedroht.

Auch an anderer Stelle besteht nach dem Eindruck vieler Bauern ein enormes Ungleichgewicht. „Der Handel verdient an einem Hektar Weizen ein Vielfaches dessen, was der Bauer verdient“, meint Rompel. Solange der Handel den Landwirten keinen „produktionsgerechten Preis“ zahle, könnten diese auf Subventionen nicht verzichten. Eine von der Politik vorgeschlagene Abgabe auf Lebensmittel sei nicht die Lösung, so Rompel weiter. Die Preise für Lebensmittel seien hoch genug, „die Verteilung ist das Problem“.

Dazu kämen Nachteile der deutschen Landwirte im internationalen Vergleich. Nicht einmal innerhalb der EU seien die deutschen Bauern konkurrenzfähig, sagt Rompel mit Blick auf viele ost- und südosteuropäische EU-Staaten. Aus seiner Sicht sei es dringend notwendig, innerhalb der EU für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen – und da sei der Agrardiesel nur ein Baustein von vielen.